



**POSITIONS-
PAPIER**

**NORDRHEIN-WESTFALEN BRAUCHT
EINEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN
AUFBRUCH!**

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

IMPRESSUM

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

fdp-fraktion@landtag.nrw.de
www.fdp.fraktion.nrw

Verantwortlich für den Inhalt:

Tobias Havers

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressesprecher

0211 - 884 4466

tobias.havers@landtag.nrw.de

Grafik und Layout:

Clara Gather

Mitarbeiterin für Grafikdesign
und Mediengestaltung

0211 - 884 44 81

clara.gather@landtag.nrw.de

Stand: 08.07.2025



Nordrhein-Westfalen braucht einen wirtschaftspolitischen Aufbruch!

Die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen bleibt weiterhin äußerst angespannt. Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat im Juni 2025 die Wachstumsprognose für Nordrhein-Westfalen für dieses Jahr von ohnehin schon mageren 0,3 Prozent auf 0,1 Prozent gesenkt. Nach zwei Rezessionsjahren verharrt die Wirtschaft im Land Nordrhein-Westfalen dieses Jahr also voraussichtlich in der Stagnation. Das ist ein nicht hinzunehmender Stillstand. Weil Nordrhein-Westfalen mit seinen Wachstumswerten unter dem Bundesschnitt liegt (konkret bei nur einem Drittel des vom RWI prognostizierten Bundeswachstums), sich also andere Bundesländer besser entwickeln, fällt unser Land im föderalen Wettbewerb sogar zurück. Belegen lässt sich das auch durch die Zahl der Gründungen als Antriebsfeder einer Volkswirtschaft: Im Jahr 2024 lag Nordrhein-Westfalen mit 2,7 Gründungen je 100.000 Einwohnern deutlich unter dem Bundesschnitt 3,3. Unter der schwarz-grünen Landesregierung tritt Nordrhein-Westfalen seit Jahren auf der Stelle. Und klar ist: **Im Wettbewerb bedeutet Stillstand Rückschritt. Das können wir uns nicht leisten. Im Wettbewerb braucht es Anstrengung und Leistung – das muss auch der Maßstab der Wirtschaftspolitik sein.**

Wachstum ist nie Selbstzweck und mehr als nur trockene Statistik. Eine wachsende und starke Wirtschaft sowie sichere Arbeitsplätze hängen unmittelbar zusammen. **Eine gute wirtschaftliche Lage führt zu mehr Lebenschancen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.** Aktuell spüren die Menschen allerdings jeden Tag die verpassten wirtschaftspolitischen Chancen in unserem Land. Gut zwei Drittel schätzen die wirtschaftliche Situation in Nordrhein-Westfalen als weniger gut oder schlecht ein. Schlagzeilen über Unternehmen in der Krise und drohende oder tatsächliche Arbeitsplatzverluste sind die Regel und nicht die Ausnahme. 1.572 bei den Amtsgerichten in Nordrhein-Westfalen gemeldete Unternehmensinsolvenzen im ersten Quartal 2025 sind ein Anstieg von fast 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und ein Alarmsignal. Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen liegt mit 7,8 Prozent ebenfalls höher als im Vorjahr, ein Frühjahrsaufschwung war nicht zu erkennen. Betroffen von der Lage sind alle Wirtschaftsbereiche – von großen Unternehmen bis zu Selbstständigen, Familienunternehmen und Mittelstand, das Handwerk wie auch Startups.

Es hilft nicht, wenn die CDU-geführte Landesregierung von Ministerpräsident Hendrik Wüst diese Lage verkennt, an den Debatten dazu nicht teilnimmt oder gar die Situation noch beschönigt. Eine ehrliche Lageanalyse ist die Voraussetzung, um gegensteuern zu können und den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken. Dafür muss Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen endlich wieder Priorität haben. Die Zeit dafür drängt. Die Wirtschaft wartet, die Menschen warten. **Nordrhein-Westfalen kann es sich aber nicht leisten, weiterhin zu warten. Eine Kurskorrektur ist dringend notwendig.**

Nicht alle Faktoren, die die wirtschaftliche Lage beeinflussen, hat die Landesregierung von CDU und Grünen in der Hand. **Aber auch Schwarz-Grün trägt selbst eigene Verantwortung, dass Nordrhein-Westfalen im Stillstand verharrt:** Der Kohleausstieg wird von Schwarz-Grün ohne vorhandene sichere Ersatzkapazitäten

auf das Jahr 2030 vorgezogen. Der Entwurf der Landesregierung für die Änderung des Landesentwicklungsplans verhindert Aufschwung, denn statt Raum zu schaffen für neue Ansiedlungen und Arbeitsplätze oder für neue Wohnungen, wird Flächenknappheit verordnet. Auch die schwarz-grüne Kies-Steuer hängt wie ein Damoklesschwert über der Rohstoffindustrie.

Die Änderung des Landesentwicklungsplans ist das aktuellste Beispiel dafür, dass die Landesregierung sogar das schuldenfinanzierte sogenannte Sondervermögen aus Berlin, das laut Bundesregierung einen Wachstumsimpuls geben soll, untergräbt. Mit einer historischen Neuverschuldung begibt sich die Bundesregierung auf einen äußerst riskanten Weg, der den finanziellen Spielraum zukünftiger Generationen weiter einschränkt. **Fatal wäre es, wenn dieser riskante Weg in der Sackgasse endet, weil er durch grün-schwarze Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen sabotiert wird.**

All das zeigt: **Nordrhein-Westfalen braucht dringend einen Kurswechsel für einen wirtschaftspolitischen Aufbruch!** Nur so können die Rahmenbedingungen für neues Wachstum besser und damit Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen sicherer werden. Wir Freie Demokraten wollen diesen Aufbruch gestalten.

Das sind unsere Forderungen:

1) Wachstumsfreundliche Änderung des Landesentwicklungsplans

Der Landesentwicklungsplan (LEP) ist das zentrale Steuerungselement der Landesplanung. Die Landesregierung strebt nun dessen Änderung mit dem ausgegebenen Ziel einer nachhaltigeren Landesentwicklung an. Es geht dabei vor allem um restriktive Regelungen zu Rohstoffen und Flächen.

Konkret soll der 5-Hektar-Grundsatz wieder eingeführt werden. Ziel ist dabei, die zusätzliche Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Nordrhein-Westfalen auf 5 Hektar pro Tag zu reduzieren und darüber hinaus auch längerfristig eine vollständige Flächenkreislaufwirtschaft, also eine Nettonull-Inanspruchnahme von Flächen, zu erreichen. Lediglich Flächen für den Ausbau erneuerbarer Energien und naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen sollen von dieser Berechnung ausgenommen werden. Unbestritten ist der Grundsatz von flächensparendem Handeln. Klar ist aber auch: Neue Arbeitsplätze, neue Wohnungen und ein Ausbau der Infrastruktur benötigen Raum. Für die erfolgreiche Umsetzung der notwendigen Infrastruktur- und Bauvorhaben ist eine bedarfsgerechte Flächeninanspruchnahme unerlässlich. Der Fokus des Landesentwicklungsplans muss wesentlich stärker auf die Doppelnutzung von Flächen gelegt werden: Wenn neue Straßen geplant und gebaut werden, kann durch eine Integration von Photovoltaikanlagen über und neben der Fahrbahn gleichzeitig ein Gewinn für Klima und Energieversorgung erzielt werden, ohne dafür in Flächenkonkurrenz zu anderen Bereichen zu treten. Die Landesregierung hingegen verfolgt nur das Ziel, durch eine ideologisch motivierte, planwirtschaftliche Detailsteuerung der Raumplanung Flächenknappheit zu verordnen. **Der Wachstumsverzicht wird so von Schwarz-Grün als Staatsziel zementiert. Das ist kein Beitrag zur Nachhaltigkeit; das ist eine Wachstumsbremse für den Standort Nordrhein-Westfalen.**

Kies und Sand sind essenzielle Grundrohstoffe und Hauptbestandteile von Beton und Asphalt – und damit unverzichtbar für den Wohnungsbau, den Ausbau und die Instandhaltung von Straßen und Brücken, sowie für alle wesentlichen Infrastrukturprojekte im Rahmen der Energiepolitik und des Verkehrswegebbaus. Vor dem Hintergrund des besonders hohen Investitionsbedarfs in Nordrhein-Westfalen wird der Bedarf an diesen Rohstoffen in den kommenden Jahren sogar stark steigen. In dieser Situation einen verbindlichen Degressionspfad für den Abbau von Kies und Sand festzulegen, bedeutet nichts anderes als eine künstliche Verknappung vorzunehmen – mit fatalen wirtschaftlichen Folgen. Denn ein Schließen der so entstehenden Versorgungslücke durch recycelte Baustoffe ist nicht realistisch. Der Degressionspfad verteuert damit jegliche Bauvorhaben, bedroht die Versorgungssicherheit und schwächt die heimische Wertschöpfung, insbesondere in jenen Branchen, die auf regionale Rohstoffe als Ausgangsbasis angewiesen sind. Hinzu kommt, dass mit der Kies-Steuer noch eine weitere Belastung der heimischen Rohstoffwirtschaft durch die Landesregierung droht, die es in anderen Ländern nicht gibt. Das schadet sowohl dem Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürgern als auch den Unternehmen im Land. **Eine solche Politik sabotiert den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Die Pläne der Landesregierung verteuern jedes einzelne Bauvorhaben im ganzen Land massiv und ohne Not. Der Degressionspfad droht zum Rezessionspfad zu werden.** Er muss aus dem Änderungsentwurf für den Landesentwicklungsplan gestrichen werden.

Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplans muss in Gänze zurück in die Montagehalle. **Nordrhein-Westfalen braucht eine Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplans mit Fokus auf Wirtschaftswachstum, Bürokratieabbau und kommunale Eigenverantwortung.**

2) Neustart in der Industriepolitik für Wachstum und sichere Arbeitsplätze

Die Landesregierung hat im Mai 2025 die Weiterentwicklung des industriepolitischen Leitbilds vorgestellt. Diese Strategie ist alles andere als ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Neben viel Prosa, einem Sammelsurium bereits bestehender Maßnahmen sowie allgemeiner, unverbindlicher Absichtserklärungen enthält das Leitbild keinerlei Vorschläge für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Industrie. **Aus wirtschaftspolitischer Sicht gilt vielmehr: Das industriepolitische Leitbild der schwarz-grünen Landesregierung ist ein Leid-Bild.**

Die Beschäftigten in der Industrie haben eine mutige Politik für die Industrie verdient und keine heimliche De-Industrialisierungspolitik unter dem Deckmantel einer grünen „Transformation“. Wir erwarten, dass sich die Landesregierung aktiv um die Belange der Industrie kümmert – durch die Teilnahme an Debatten, durch eine höhere Präsenz vor Ort und vor allem durch konkrete politische Maßnahmen, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dabei müssen alle Branchen gleichermaßen in den Blick genommen werden und nicht nur die Unternehmen, die der grünen Wirtschaftsministerin Mona Neubaur politisch gefallen. So beklagt die Logistikbranche seit Jahren die aufwendigen Genehmigungsverfahren für Groß- und Schwerlasttransporte – und verlangt nach Vereinfachung und Beschleunigung. Die Landesregierung hat allerdings nur das Verfahren für den Transport von Windrädern vereinfacht. **Einfache Verfahren und schnelle Genehmigungen: Das muss für alle Unternehmen und über alle Branchen möglich sein!**



Hier finden Sie unsere Initiative:
**Entbürokratisierung für alle Großraum- und
Schwertransporte in Nordrhein-Westfalen**

Wir sind überzeugt: Das industriepolitische Leitbild von Schwarz-Grün muss in die Schublade zurück und darf nicht die Industriepolitik prägen. Politik für die Industrie und für sichere Industriearbeitsplätze sollten das Gebot der Stunde sein.

3) Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft verbessern

Die Landesregierung ist groß bei der Verteilung von Fördergeldern an einzelne Unternehmen, macht sich aber klein, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für die ganze Wirtschaft zu verbessern. **Marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik hilft dagegen nicht einzelnen Unternehmen, sie verbessert die Wettbewerbsbedingungen für alle.** Denn der Wettbewerb fördert Innovationen und Effizienz – ein Antrieb für die Wirtschaft insgesamt, von der die Menschen durch niedrigere Preise, innovativere Produkte und eine größere Auswahl profitieren.

Neben Mittelstand und Handwerk müssen auch Selbstständige und die Freien Berufe wieder stärker in den Fokus der Wirtschaftspolitik des Landes rücken. **Wir wollen eine ressortübergreifende Strategie für die Unterstützung und Förderung von Selbstständigen und den Freien Berufen umsetzen, die die Gleichwertigkeit gegenüber anderen Erwerbsformen fördert und die Bedürfnisse von Selbstständigen und Freien Berufen bei den zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen angemessen berücksichtigt.** Teil dieser Strategie muss unter anderem eine landesweite Plattform sein, die dauerhaft Informationen und Beratungsangebote für Selbstständige und Freiberufler bündelt und bereitstellt. Wir setzen uns zudem weiter dafür ein, dass das Statusfeststellungsverfahren im Sinne der Selbstständigen und Unternehmen verbessert und entbürokratisiert wird.

Wirtschaftspolitik bei Schwarz-Grün besteht zu oft aus der Förderung einzelner Unternehmen. **Zudem ist die Förderlandschaft in Nordrhein-Westfalen unnötig kompliziert, teuer und ineffizient. Es ist im wahrsten Sinne ein schwarz-grüner Dschungel, in dem sich oftmals nur noch Großunternehmen auskennen, die ganze Abteilungen betreiben, um Fördermittel zu akquirieren.** Die zahlreichen Förderprogramme mit ihren komplexen Verfahren und mangelnder Übersichtlichkeit belasten aber nicht mehr nur die Antragsteller, sondern auch die ausführende und verantwortliche Verwaltung. Ob die Programme ihre Ziele erreichen, kann oftmals nicht bewertet werden. Zu oft sind Förderprogramme nur eine konterproduktive Alibilösung, weil die eigentlich notwendigen strukturellen Änderungen ausbleiben. Wir benötigen daher eine neue Förderpolitik, die klar strukturiert, zielgerichtet und einfach ist. Hierfür haben wir Freie Demokraten umfassende Vorschläge vorgelegt.



Hier finden Sie unser Positionspapier:
Raus aus dem Förderdschungel

Im Kern steht dabei für uns: **Der Staat muss wieder lernen, sorgsam mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen umzugehen.** Dazu gehören eine Reduktion und Konsolidierung von Förderprogrammen mit einem Verzicht auf Fördermaßnahmen auf zwischenstaatlicher Ebene, die Entwicklung einer zentralen Förderstrategie, die Konzentration auf zentrale Bewilligungsstellen, die Einführung von Fördersatzkorridoren, die Begren-

zung von Dauersubventionen, die Digitalisierung und Vereinfachung der Verfahren, Stärkung von Monitoring und Evaluierung und Effizienz durch Standardisierung. Das macht den Weg frei für steuerliche Entlastungen wie die Absenkung der Grunderwerbssteuer, die dann als Investitionsanreize wirken.

Bessere Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, heißt auch: Bürokratie abbauen. Unser Land braucht hier mehr Konsequenz, damit Freiheit, Effizienz und Innovationskraft wachsen können. **Ein erster Schritt muss ein Bürokratiemoratorium sein. Im zweiten Schritt muss dann eine Kosten-Nutzen-Analyse bestehender Regelungen kommen.** Damit zukünftig Bürokratie gar nicht erst aufgebaut wird, muss es eine verbindliche, institutionalisierte Beteiligung von Praktikern wie der Clearingstelle Mittelstand bei der Erarbeitung von Regelungen geben. Sunset-Klauseln, also das festgelegte Auslaufen von Regelungen nach einer bestimmten Zeit, müssen der Normalfall werden. Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten müssen grundsätzlich auf das absolut erforderliche Minimum reduziert, EU-Vorgaben und Bundesregelungen dürfen nur 1:1 umgesetzt werden.

Zum Abbau von Bürokratie bei Unternehmen braucht es neben bürokratiearmen Verfahren und Vorgaben auch schlanke Verwaltungsstrukturen und komplett digitale Prozesse. Zu Recht verzweifeln Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen, wenn sie dieselben Daten doppelt und dreifach angeben müssen – und das oftmals noch mit Medienbrüchen verbunden. **Wir setzen uns deswegen für einen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen und das Once-only-Prinzip ein.**

Konkrete Vorschläge zur Liberalisierung hat die FDP-Fraktion in den Landtag Nordrhein-Westfalen eingebracht:

**Mit einer Änderung des Feiertagsgesetzes soll die Nutzung automatischer Auto-
waschanlagen an Sonn- und Feiertagen möglich werden.** Das passt zum gewandelten Freizeitverhalten und dem Bedürfnis vieler Menschen, am gesamten Wochenende die Fahrzeugpflege als Dienstleistung nutzen zu können. Hierbei soll es eine klare zeitliche und räumliche Begrenzung geben: Nur Waschanlagen an Tankstellen und in Gewerbegebieten sollen außerhalb der Hauptgottesdienstzeiten geöffnet sein.

Zudem darf die Erschließung neuer Geschäftsfelder, unter anderem durch digitale Technologien nicht durch anachronistische Gesetzgebung verhindert werden. Deswegen hat die FDP-Fraktion ebenfalls einen Gesetzentwurf für die Erlaubnis des Betriebs von Automatenkiosken an Sonn- und Feiertagen in den Landtag eingebracht.

4) Bezahlbare Energie für alle Unternehmen

Unsere Wirtschaft braucht bezahlbare Energie – dauerhaft und für alle Unternehmen in allen Branchen. Das ist eine der zentralen Stellschrauben für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und damit für einen neuen Aufschwung. Eine sichere Stromversorgung mit wettbewerbsfähigen Strompreisen ist grundlegend für Wirtschaftlichkeit, Investitionen, Arbeitsplät-

ze und soziale Stabilität. **Wir fordern deswegen nachdrücklich eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum.** Die Bundesregierung muss ihr Versprechen unverzüglich einlösen – andernfalls wäre es nach den Rekordschulden bereits der zweite gravierende Wortbruch binnen weniger Wochen.

Richtig ist, dass auch in Brüssel Hürden für mehr Wirtschaftswachstum weggeräumt werden müssen. Beim Industriestrompreis hat die EU-Kommission allerdings genau den falschen Weg freigemacht, indem sie einen Industriestrompreis, der nur einzelnen Unternehmen hilft, durchgewunken hat. Diese Maßnahme weicht von marktwirtschaftlichen Prinzipien ab. Hier irrlichtert auch die schwarz-grüne Landesregierung seit Monaten – statt endlich eigene Vorschläge für sichere und bezahlbare Energie für alle Branchen, technologieoffene Lösungen wie Wasserstoff, CO₂-Speicherung und Kernfusion vorzulegen. **Wer ständig nur Aktivitäten von anderen fordert, kommt selbst nicht voran.**

Eine zweite Kurskorrektur ist beim Kohleausstieg 2030 notwendig. Diese politische Entscheidung wurde von Schwarz-Grün getroffen, ohne für die notwendigen Ersatzkapazitäten zu sorgen. Die Versorgungssicherheit wird so fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Alle energieerzeugenden Kapazitäten in Nordrhein-Westfalen sollten so lange wie möglich für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung genutzt werden. **Nordrhein-Westfalen braucht eine Energiestrategie, die die Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit ernst nimmt – und keine, bei der die Lichter ausgehen. Es muss einen realistischen Fahrplan für den Kohleausstieg geben. Daher muss ein Streckbetrieb der Kohlekraftwerke über 2033 hinaus geprüft werden.** Ersatzkapazitäten sind schnellstmöglich aufzubauen. Ein Weg ist die schnellere und günstigere Umrüstung der klimaschädlichsten Kohlekraftwerke auf Gas oder Biomasse.

Die Versorgungssicherheit können Wind- und Solarenergie absehbar nicht allein gewährleisten. Hier bietet vor allem die Kernfusion das Potenzial, ein sauberes, zuverlässiges und steuerbares Energieangebot für die Grundlast bereitzustellen. **Wir fordern daher die Errichtung eines Kernfusions-Forschungsreaktors in Nordrhein-Westfalen sowie den Aufbau eines Ökosystem aus Industrie, Startups und Wissenschaft für den Bereich Kernfusion.** Außerdem braucht es einen konsequenten und parallelen Aufbau von H₂- und CO₂-Infrastruktur, um die Chancen von CCS/CCU zu nutzen und nicht nur auf grünen Wasserstoff setzen zu müssen. Wir wollen, dass Unternehmen selbst entscheiden können, wie die eigenen Emissionen marktwirtschaftlich am besten reduziert werden können.

Grundsätzlich ist der EU-Emissionshandel das klimapolitische Instrument, das aufgrund der gedeckelten CO₂-Menge als einziges die zuverlässige und kostengünstige Erreichung der Klimaziele sicherstellen kann. Es muss das zentrale Leitinstrument der Klimapolitik sein. **Das heißt auch: Es darf keine zusätzlichen Klimaschutz-Regulierungen geben, die aufgrund des Emissionshandels ohnehin keinen zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben.**



Hier finden Sie unser Positionspapier:
Energieversorgung sichern – Freiheitsenergien stärken

5) Fachkräfte gewinnen und Innovationen vorantreiben

Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Um sie zu qualifizieren, neu zu gewinnen und zu halten, braucht es mehr Anstrengung. Arbeits- und Wirtschaftsministerium müssen hier eng zusammenarbeiten und insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung für die Wertschätzung von Ausbildungsberufen, die unser Land am Laufen halten, eintreten. **Wir Freie Demokraten haben dazu einen Vorschlag für die Verankerung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung in der Landesverfassung vorgelegt.**

Wir brauchen darüber hinaus **eine Stärkung der Berufsorientierung an weiterführenden Schulen und nach dem Schulabschluss unter anderem mit dem konkreten Beispiel von Freiwilligen Praxisjahren in Handwerk, Industrie und Handel.** Wir setzen uns für eine landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe mit Schwerpunkt in sozialen Medien sowie geeigneten Influencern als Kooperationspartner ein. Außerdem muss es eine Beschleunigung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse mit Hilfe von Zentralisierung und Digitalisierung geben, ohne dass dies mit Abstrichen bei qualifikatorischen Ansprüchen verbunden ist. Wir setzen uns zudem für den verstärkten Einsatz von zertifizierten Teilqualifizierungen, Teilzeitausbildungen und modularen Ausbildungsgängen ein, um den Einstieg in eine Ausbildung zu erleichtern. Weiterhin brauchen wir Anreize zum Arbeiten über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus sowie den Abbau von arbeitsrechtlichen Hürden zur Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und echte Wahlfreiheit zu gewährleisten, braucht es zudem eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur. Eine auskömmliche Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offenem Ganztag ist ein entscheidender Faktor für wirtschaftlichen Aufschwung in Nordrhein-Westfalen, denn für die erfolgreiche Berufstätigkeit von Eltern sind verlässliche Betreuungszeiten der zentrale Grundstein. Dies gilt insbesondere für die gut ausgebildeten Frauen. Nordrhein-Westfalen leidet aber unter einem gravierenden Mangel an frühpädagogischen Fachkräften. Es braucht daher eine Stärkung der Ausbildung in diesem Feld sowie strukturierte Quereinsteigsmöglichkeiten für eine Tätigkeit in der frühkindlichen Bildung. Gleichzeitig sinkt in den neuen Bundesländern hingegen der Betreuungsbedarf, Fachkräfte verlieren ihre Stellen. Dieses Ungleichgewicht bietet Chancen für eine koordinierte innerdeutsche Fachkräftegewinnung. **Wir fordern deswegen kurzfristig eine landesweite Personaloffensive zur Gewinnung frühpädagogischer Fachkräfte aus anderen Bundesländern – insbesondere aus Regionen mit rückläufigem Betreuungsbedarf.**

Antrieb für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen sind zudem Innovationen. **Den Hochschulen kommt hier eine wichtige Rolle als Wachstumsmotor für Nordrhein-Westfalen zu – nicht nur durch ihre Bildungs- und Forschungsleistung, sondern auch als Inkubatoren wissensbasierter Gründungen.** Insbesondere hochschuleigene Start-Up-Center tragen maßgeblich dazu bei, das kreative Potenzial von Studierenden und Forschenden in wirtschaftliche Dynamik zu überführen. Durch gezielte Unterstützung und den Ausbau von Start-Up-Centern und strukturierte Gründungsanlaufstellen an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften entstehen innovative Unternehmen mit hohen Anschlusschancen auf dem Investorenmarkt. Nordrhein-Westfalen muss diese Entwicklung aktiv fördern, um sich im Wettbewerb mit anderen Wissenschafts- und Innovationsregionen dauerhaft behaupten zu können.

Gleichzeitig kommt dem technologie- und wissensbasierten Transfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen eine immer zentralere Bedeutung zu. Eine nachhaltige Gründungskultur entsteht nur dann, wenn Forschungsergebnisse nicht in der Schublade bleiben, sondern ihren Weg in marktfähige Produkte und Dienstleistungen finden. **Wir setzen uns daher für Rahmenbedingungen ein, die den Transfer von Wissen, Ideen und Technologien strukturell verankern und institutionell absichern – etwa durch verstärkte Anreize zur interdisziplinären Zusammenarbeit, strategische Partnerschaften mit der Wirtschaft und einen offenen Innovationsdialog mit der Region.** Mittel- und langfristig wollen wir, dass die Hochschulen ein Prozent ihres jeweiligen Budgets für Ausgründungsaktivitäten verwenden, um eine nachhaltige Gründungskultur zu etablieren. Dies ist nicht nur ein Treiber für wirtschaftliches Wachstum, sondern stärkt auch die Innovationsfähigkeit der gesamten Region. Mit diesem Ansatz leistet Nordrhein-Westfalen einen wesentlichen Beitrag, um seinen Status als führende Wissenschafts- und Innovationsregion in Europa zu sichern und auszubauen. So werden Hochschulen zu echten Entwicklungskernen für regionale Wertschöpfung.

6) Gute Verkehrsinfrastruktur als Standortfaktor

Intakte Verkehrswege sind die Lebensadern eines Wirtschaftsstandortes. Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist im Wettbewerb um den Standort von Unternehmen ein großer Vorteil. Diese Chance verpasst Nordrhein-Westfalen unter Schwarz-Grün. Die Folgen spürt die Wirtschaft tagtäglich: 79 Prozent der Unternehmen klagen über Beeinträchtigungen infolge der Infrastrukturmängel. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. **Nordrhein-Westfalen braucht als wirtschaftliches Herz der Bundesrepublik mehr Tempo und mehr politischen Ehrgeiz bei der Infrastruktursanierung.**

Bei der Verkehrsinfrastruktur müssen alle Verkehrsträger bedarfsgerecht ausgebaut und instandgehalten werden. Wir fordern eine Güterverkehrsprognose für Nordrhein-Westfalen, um die Ableitungen der Güterverkehrsprognosen des Bundes für unser Land ermitteln zu können. Dort wird insbesondere die Bedeutung des Verkehrsträgers Straße deutlich, dessen Erhalt und Ausbau wir prioritär vorantreiben wollen. Dabei ist der Handlungsbedarf durch den Investitions- und Sanierungsstau riesig: Jede fünfte Brücke in Verantwortung des Bundes oder Landes ist marode. Bei den Autobahnbrücken ist in Nordrhein-Westfalen sogar fast jede dritte Brücke sanierungsbedürftig. Dazu kommt die praktische Verweigerung der Landesregierung gegenüber einem Ausbau der Straßeninfrastruktur in eigener Verantwortung. Die Neubauprojekte an Bundes- und Landesstraßen werden systematisch vernachlässigt, notwendige Planfeststellungsverfahren werden auch nach Jahrzehnten der Planung nicht oder nur auf Weisung aus Berlin eingeleitet und zur Verfügung stehende Bundesmittel für den Straßenbau wurden wiederholt zurücküberwiesen. **Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen stets genug baureife Projekte geplant hat, der Landesbetrieb Straßen.NRW bedarfsgerecht finanziell ausgestattet ist und auch mehr Mittel für die Inanspruchnahme externer Planungsleistungen zur Verfügung stehen. Nur so kann die Straßeninfrastruktur mit den wachsenden Herausforderungen Schritt halten.**

Wir setzen uns für ein modernes Infrastruktur- und Verkehrsmanagement ein, das mit Echtzeitdatenanalyse, durch künstliche Intelligenz gesteuerter Verkehrsoptimierung, Nutzungsverlängerung und vorausschauender Instandhaltung arbeitet. Baustellen sind für Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur unumgänglich. Umso wichtiger ist, dass sie schnell und effizient abgewickelt werden. **Wir fordern dazu einen 24/7-Betrieb auf den Baustellen und den Einsatz mobiler Brückenlösungen für den Baustellenverkehr (nach dem Vorbild der Schwei-**

zer ASTRA Bridge), um die Einschränkungen durch Sanierungsarbeiten auf ein Minimum zu reduzieren und Vollsperrungen zu vermeiden.

Neben der Bautätigkeit muss auch die Planung schneller werden. Die Messlatte muss sein, dass sich Prozesszeiten bei der Planung halbieren. Wir brauchen einen konsequenten Verzicht auf neue Planfeststellungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Sanierungen und Ersatzneubauten, deutliche Vereinfachung bei Neubauten sowie vereinfachte, funktionale Ausschreibungen. Dabei muss die Bauzeit ein zentrales Ausschreibungskriterium werden. Zusätzlich müssen die Verfahren konsequent digitalisiert werden.

Wir setzen uns für eine leistungsfähige, dezentral-vernetzte und zukunftsorientierte Luftverkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ein. Unsere sechs Verkehrsflughäfen sind nicht nur Mobilitätsgaranten, sondern auch bedeutende Wirtschaftsfaktoren für unsere exportorientierte Industrie, den Tourismus und den Logistiksektor. Sie brauchen gute Rahmenbedingungen und Entwicklungsperspektiven. Insbesondere wollen wir die Unterscheidung der internationalen Verkehrsflughäfen als regional- oder landesbedeutsam im Landesentwicklungsplan beenden und den 24/7-Betrieb von Flughäfen dort erhalten, wo er bereits heute möglich ist. Angesichts wachsender internationaler Konkurrenz und steigender Standortkosten ist es unerlässlich, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Dazu zählen der Abbau überhöhter nationaler Abgaben wie der Luftverkehrsteuer sowie eine Reform der Luftsicherheits- und Flugsicherungsgebühren. Start- und Landeentgelte an Flughäfen sollten nach Lärmkategorien gestaffelt sein, um marktwirtschaftliche Anreize für leisere Flugzeuge zu schaffen und so die Akzeptanz des Flugverkehrs bei Anwohnern zu erhöhen.

Eine verlässliche und gut ausgebaute Schieneninfrastruktur ist für ein exportorientiertes Industrieland wie Nordrhein-Westfalen unverzichtbar. Doch der desolate Zustand wird diesem Anspruch nicht gerecht. **Wir fordern deshalb eine grundlegende Neuausrichtung: Netz und Betrieb müssen konsequent getrennt werden, um betriebliche Effizienz und fairen Wettbewerb sicherzustellen.** Investitionen müssen vorrangig in die Sanierung und Digitalisierung der Güterverkehrskorridore fließen. Dabei braucht es eine gezielte Ausrichtung der Infrastruktur auf den tatsächlichen Bedarf der Güterlogistik und eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger – etwa durch den Ausbau von Verladestellen, multimodalen Knoten und die Beseitigung von Netzengpässen. Durch die Verzahnung aller Verkehrsträger lassen sich überlastete Autobahnen und Bahnknoten effektiv entlasten.

Auch die Wasserstraße ist ein unverzichtbarer Verkehrsträger für einen resilienten und effizienten Güterverkehr – insbesondere für die Industrie- und Chemiezentren in Nordrhein-Westfalen. Der marode Zustand des westdeutschen Kanalnetzes gefährdet diese Funktion massiv: Über 70 Prozent der Wehre, 85 Prozent der Schleusen und rund die Hälfte der Infrastruktur müssen dringend saniert werden. **Wir fordern daher die beschleunigte Umsetzung aller Rheinvertiefungen und Sohlenstabilisierungen aus dem Bundesverkehrswegeplan, gezielte Investitionen in Brückenanhebungen sowie eine landeseigene Binnenschifffahrtsstrategie zur Sicherung aller Wasserstraßen.** Ein klares Signal wäre die Ausrichtung der nächsten Nationalen Maritimen Konferenz in Duisburg – dem Herzen der europäischen Binnenlogistik.

7) Richtig steuern, solide finanzieren und entlasten

Öffentliche Aufgaben werden wir generationengerecht finanzieren: Wir brauchen gerade auch im Interesse der jungen Generation eine Politik, die rechnen kann. Eine solide Finanzpolitik schafft überhaupt erst die Voraussetzungen, um dauerhaft über eigene Handlungsfähigkeit und Standortvertrauen zu verfügen. Es ist zwingend notwendig, eine Spirale zu verhindern, in der wegbrechende Steuereinnahmen zu Steuererhöhungen führen und damit den Unternehmen dringend nötige Liquidität entziehen. Unser Land braucht im Gegenteil niedrigere kommunale Steuern und Abgaben, um attraktiver für die Ansiedlung von Betriebsstätten zu werden. Voraussetzung dafür ist die Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden durch das Land. Es sollte der Grundsatz gelten und stete Ansporn für die Politik sein, die laufenden Ausgaben eines Jahres durch die Einnahmen desselben Jahres zu decken.

Die Grundsteuer ist die wichtigste konjunkturunabhängige Einnahmequelle für viele Kommunen. Auf diesen Steuerertrag können Städte und Gemeinden daher für eine solide Finanzausstattung nicht verzichten. Umgekehrt gilt: Wir werden vor Ort dafür sorgen, dass Betriebe nicht überfordert werden und sichern eine aufkommensneutrale Umsetzung zu. **Die Freien Demokraten sehen in der Entscheidung von CDU, SPD und Grünen, das wertebasierte Scholz-Modell zur Anwendung zu bringen, einen falschen Weg. Das nunmehr gültige Landesgesetz führt auch zukünftig zu regelmäßigen Neubewertungen aller Immobilien und enthält eine eingebaute Steuererhöhung, sobald Immobilienpreise wieder steigen.**

Wir setzen uns dafür ein, dass eine Überforderung sowohl bei Wohnungen als auch für unsere Betriebe verhindert und zugleich Rechtssicherheit für Steuerzahler und Kommunen geschaffen wird. Jahrelange Rechtsstreitigkeiten schaffen Unsicherheiten für beide Seiten. Wir haben gemeinsam mit den Kommunalverbänden große Zweifel, ob das schwarz-grüne Landesmodell eines Hebesatzsplittings rechtssicher und praktikabel ist. Es spielt die unterschiedlichen Gebäudenutzungen gegeneinander aus, sorgt für einen Flickenteppich zwischen Nachbarkommunen und ist nach den bisherigen Musterrechnungen ungeeignet, die Belastungsverschiebungen durch die Grundsteuerreform tatsächlich zu korrigieren. **Wir erwarten zum schnellstmöglichen Zeitpunkt für Steuerzahler und Kommunen eine landesweite Gesetzeskorrektur für die Grundsteuer im obigen Sinne: einfach, niedrig, planungssicher und gerecht.**

Die Höhe von Steuern und Abgaben gehört auf Landesebene und vor Ort insgesamt jährlich auf den Prüfstand und ist von den Stadträten auch im Vergleich zur Entwicklung in anderen Kommunen transparent zu debattieren. Auch stehen wir Bagatellsteuern ablehnend gegenüber. **Wir fordern die sofortige Abschaffung der Bettensteuer. Auch der geplanten Einführung einer Verpackungsteuer erteilen wir eine klare Absage, denn sie ist teuer, aufwendig und überflüssig. Um neues Wachstum zu ermöglichen, ist die Grunderwerbsteuer zeitnah abzusenken, in einem ersten Schritt auf den Steuersatz von 5 Prozent – langfristig bis auf 3,5 Prozent.**



FOLGE UNS!



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



@fdplif_nrw



FDPFraktionNRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



SCANNE DIESE QR-CODES JETZT EINFACH DIREKT MIT DEINEM SMARTPHONE UND VERNETZE DICH MIT UNS!